

BOSARTIGE

POLARISIERUNG

„BÖSARTIGE“ POLARISIERUNG

USA: STRESSTEST DER LIBERALEN DEMOKRATIE

MANFRED BERG

Nach dem Zweiten Weltkrieg galten die USA als vorbildliche Konsensdemokratie, doch mittlerweile sind sie zum Krisenfall geworden: Auch wenn alle westlichen Demokratien mit einer zunehmenden Polarisierung konfrontiert sind, ist doch nirgendwo die Spaltung von Politik und Gesellschaft so intensiv und langanhaltend wie in den Vereinigten Staaten. Gibt es für die am längsten bestehende Demokratie der Welt einen Weg zurück aus der Polarisierung?

P

Polarisierung ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem zentralen Thema der Politikwissenschaft geworden, doch was sich mit dem Begriff verbindet, ist kontrovers. Scharfer Meinungsstreit, harter Wettbewerb um Macht sowie klare Alternativen sind das Lebenselixier der Demokratie. Problematisch wird Polarisierung dann, wenn sie zu einer Spaltung in verfeindete Lager führt, die kaum noch zu Kompromissen bereit sind, weil nicht bloß Interessen, sondern fundamentale Werte, Identitäten und Lebensweisen auf dem Spiel zu stehen scheinen. Die politische Auseinandersetzung spitzt sich auf den Gegensatz „wir gegen sie“ zu. Politologen sprechen von „böser Polarisierung“. Diese entsteht freilich nicht von selbst, sondern wird von politischen Führern geschürt.

Polarisierung und Depolarisierung

Während die Forschung zu den Ursachen und Dimensionen der Polarisierung kaum noch überschaubar ist, fehlen Untersuchungen darüber, ob es gangbare Wege aus der Polarisierung gibt. Obwohl ich Problemlösungsoptimismus nicht für eine Pflicht des Historikers halte, will ich in diesem Beitrag eine Annäherung an diese Frage versuchen. Dass ich mich dabei auf die USA konzentriere, liegt nicht allein an meiner einschlägigen Expertise, sondern auch daran, dass „die Vereinigten Staaten die einzige westliche Demokratie sind, die bislang eine derartige intensive und langanhaltende Polarisierung erlebt hat“, wie eine neue Studie der Carnegie-Stiftung feststellt, in der rund 50 demokratisch verfasste Staaten verglichen werden, die seit 1950 Phasen verschärfter Polarisierung erlebt haben. „Die USA“, warnen die Autoren, „befinden sich auf einem unbekanntem und sehr gefährlichen Terrain“. Grund genug zum genauen Hinschauen, denn die Triebkräfte der Polarisierung mögen in den USA zwar extrem ausgeprägt sein, betreffen jedoch alle westlichen Demokratien.

Die Frage, ob es für die USA einen Weg zurück aus der Polarisierung gibt, bedarf der Präzisierung. Depolarisierung bedeutet nicht die Rückkehr zum vermeintlich goldenen Zeitalter der Konsensdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, die allein deshalb unmöglich ist, weil sich das ethnische Profil der US-Gesellschaft seither radikal verändert hat: Noch 1960 betrug der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung fast 90 Prozent, inzwischen liegt er unter 60 Prozent, und um das Jahr 2045 werden Euroamerikaner nur noch eine relative Bevölkerungsmehrheit stellen. Depolarisierung ist daher eine Zukunftsaufgabe. Nicht nur in den USA lautet die Herausforderung, wie gesellschaftliche Integration und demokratische Selbstregierung in einer Nation möglich sind, in der die bislang dominante Mehrheit ihren Status verlieren wird.

Bösartige Polarisierung gefährdet die Demokratie, aber Depolarisierung ist nicht gleichbedeutend mit der Stabilisierung der liberalen Demokratie. Die erwähnte Carnegie-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in der Hälfte der untersuchten Länder die Demokratie einer autoritären Regierungsform weichen musste. Auch massive Repression, etwa durch einen Militärputsch,

Heidelberg Center for American Studies

Am 2004 gegründeten Heidelberg Center for American Studies (HCA), das zu den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Heidelberg zählt, werden historische, kulturelle, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den USA erforscht und analysiert. Darüber hinaus fördert es den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit und trägt zur Schaffung und Stärkung transatlantischer Netzwerke bei. Das HCA, das seit 2006 im Curt und Heidemarie Engelhorn Palais angesiedelt ist, wurde mithilfe privater Förderer aufgebaut und finanziert sich als „Public-private-Partnership“ auch aus privaten Mitteln. Es bündelt die Amerika-Forschung von sechs Fakultäten und sieben Disziplinen und bildet in seinen Bachelor-, Master- und PhD-Programmen interdisziplinär geschulte und interkulturell qualifizierte Amerikaexpertinnen und -experten aus. Absolventinnen und Absolventen aus rund 50 Ländern haben dieses Angebot seit 2004 wahrgenommen. Direktor ist der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Welf Werner.

www.hca.uni-heidelberg.de

kann Polarisierung zumindest kurzfristig stillstellen. Eine solche Entwicklung erscheint in Amerika vorerst unwahrscheinlich. Das US-Militär hat keine Putschtradition, und eine zentralistische Diktatur ist aufgrund der starken libertären und föderalen Traditionen der USA schwer vorstellbar. Gleichwohl ist unstrittig, dass sich die amerikanische Demokratie in einer schweren Vertrauens- und Legitimationskrise befindet. Einer Umfrage des Pew Research Centers aus dem Frühjahr 2024 zufolge sind zwei Drittel der Amerikaner mit der Demokratie unzufrieden und fast genauso viele wünschen sich einen starken politischen Führer, der keine Rücksicht auf den Kongress und die nächste Wahl nehmen muss.

Vor allem jedoch ist mit dem Aufstieg Donald Trumps die demokratische Grundnorm ins Wanken geraten, dass der

„Die Triebkräfte der Polarisierung mögen in den USA zwar extrem ausgeprägt sein, betreffen jedoch alle westlichen Demokratien.“

Verlierer einer freien und fairen Wahl das Ergebnis akzeptiert. Historiker haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es ein Bürgerkriegsrisiko gibt, wenn der Ausgang einer Wahl für den Verlierer inakzeptabel ist, so wie dies 1860 der Fall war, als die Südstaaten auf Abraham Lincolns Wahlsieg mit der Sezessionserklärung reagierten. In der amerikanischen Öffentlichkeit und in der Wissenschaft wird nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch vom 6. Januar 2021, mit dem Trump sich an der Macht zu halten versuchte, darüber diskutiert, ob das Land vor einem neuen Bürgerkrieg stehen könnte.

Amerikas Weg in die Polarisierung

Wer verstehen will, wie es zu dieser Lage kommen konnte, muss bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückschauen. Damals galten die USA als „civic culture“ – als Staatsbürgerkultur –, in der ein breiter „liberaler Konsens“ über die gesellschaftliche und politische Ordnung herrschte. Doch in den 1960er-Jahren zerbrach dieser Konsens in den Auseinandersetzungen über den Vietnamkrieg, den Rassenkonflikt und die Kulturrevolution der „Radical Sixties“. Im späten 20. Jahrhundert veränderten dann Globalisierung, Masseneinwanderung, der radikale Wandel der sozialen Werte und der Geschlechterrollen und die Medienrevolution die amerikanische Gesellschaft grundlegend. Die Folgen waren unerbittliche Kulturkämpfe und ein lange unterschätzter Polarisierungsschub.

Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts argumentierten viele Autoren, die Polarisierung sei vor allem eine Angelegenheit der politischen Elite und der Medien. Inzwischen bestreitet niemand mehr, dass die politisch-ideologische Spaltung die gesamte Gesellschaft erfasst. Die beiden großen Parteien, die einst als „große Zelte“ galten, stehen für zunehmend abgeschottete Lebenswelten. Die Demokraten repräsentieren das multiethnische, liberale und säkulare Amerika, das überwiegend in den Großstädten und an den Küsten wohnt, die Republikaner das traditionalistische, weiße, kleinstädtisch-ländliche, religiöse Milieu. Herkömmliche Begriffe wie liberal und konservativ taugen längst nicht mehr dazu, die Feindschaft zwischen den beiden „Stämmen“ zu beschreiben. Einer Studie zufolge betrachten jeweils rund 40 Prozent der Demokraten und der Republikaner die Anhänger der anderen Seite als „downright evil“, also als „schlichtweg böse“. Die Heirat ihrer Kinder über Parteigrenzen hinweg bereitet vielen Amerikanern heute mehr Unbehagen als interethnische „Mischehen“ oder gleichgeschlechtliche Beziehungen.

Die Spaltung von Politik und Gesellschaft ist kein spezifisch amerikanisches Phänomen, sondern betrifft alle westlichen Demokratien. Die Globalisierung, so lautet die Diagnose der Sozialwissenschaft, hat einen neuen Antagonismus zwischen liberal und „kosmopolitisch“ denkenden Modernisierungsgewinnern und den Modernisierungsverlierern der alten Arbeiter- und Mittelschichten erzeugt, deren ökonomische und kulturelle Statusfurcht die rechtspopulistische Revolte gegen die zunehmend als Elitenkartell empfundene libe-

rale Demokratie befeuert. In den USA treten freilich einige verschärfende Besonderheiten hinzu: Die Zunahme der ökonomischen Ungleichheit und der Niedergang der Arbeiter- und unteren Mittelschichten waren hier besonders dramatisch. Die rassistisch-ethnischen Konflikte sind historisch tief verwurzelt. Die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols ist deutlich geringer als in Westeuropa; das in der Verfassung verbriefte Recht auf Waffentragen sehen immer mehr Bürger als Ermächtigung zum gewaltsamen Widerstand gegen eine angeblich despotische Bundesregierung und zur Bildung bewaffneter „Milizen“.

Und nicht zuletzt verschafft ein antiquiertes und kompliziertes Wahlrecht elektoralen Minderheiten weit überproportionalen Einfluss und zementiert ein versteinertes Zweiparteiensystem. Die „big sort“ genannte ideologische Blockbildung hat die Zahl der Wechselwähler signifikant schrumpfen lassen. Der alte Grundsatz, dass Wahlen in der Mitte gewonnen werden, gilt nicht mehr. Stattdessen setzen beide Parteien auf die maximale Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft. Präsidentschaftswahlen werden in den wenigen „swing states“ entschieden, in denen keine der beiden Parteien eine klare Mehrheit hat, wozu 2024 Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, North Carolina, Pennsylvania und Wisconsin zählten. Das indirekte Wahlverfahren lässt es zudem zu, dass Kandidaten, wie 2000 und 2016 geschehen, auch ohne eine Mehrheit der landesweit abgegebenen Stimmen Präsident werden können. Schikanöse Bestimmungen für die Wählerregistrierung und die Stimm-

DFG-Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“

Das am Heidelberg Center for American Studies angesiedelte Graduiertenkolleg „Authority & Trust“ untersucht systematisch und interdisziplinär Entstehung und Wandel von Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Politik, Gesellschaft, Religion, Literatur und Kultur seit dem 19. Jahrhundert. Denn in den vergangenen Jahrzehnten haben sich die amerikanische Gesellschaft und Kultur zunehmend polarisiert; Studien zeigen, dass die Institutionen und Eliten unter einem dramatischen Verlust an Autorität und Vertrauen leiden. Wirtschaftliche Ungleichheit, soziale und räumliche Segregation und eine verfallende Infrastruktur haben das Vertrauen in die Fairness und Effizienz der politischen Prozesse untergraben; Anti-Establishment-Populismus und Verschwörungstheorien sind in der Öffentlichkeit weit verbreitet. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt das Graduiertenkolleg in der zweiten Förderperiode mit rund 4,3 Millionen Euro. Die Sprecherfunktion haben die Geographin Prof. Dr. Ulrike Gerhard und der Anglist Prof. Dr. Günter Lepyoldt.

abgabe sowie Vorwürfe des Wahlbetrugs untergraben das Vertrauen in die Integrität des Wahlprozesses. Wahlen sind unter diesen Umständen kein demokratischer Konfliktlösungsmechanismus mehr, sondern sie sind zum Treiber der bösartigen Polarisierung geworden.

Strategien der Depolarisierung

An Vorschlägen, das politische System und besonders das Wahlsystem zu reformieren, mangelt es nicht. In der Diskussion sind die Abschaffung der indirekten Präsidentschaftswahl im „electoral college“, ein Ende der „gerrymandering“ genannten manipulativen Wahlkreisziehung, die Begrenzung von Vorwahlen und Wahlkampfspenden, die Änderung der Geschäftsordnungen und Mehrheitsregeln im Kongress, um der Obstruktion durch Sperrminoritäten Einhalt zu gebieten, und in letzter Zeit vermehrt die Forderung nach einem radikalen Systemwechsel durch Einführung der Verhältniswahl. Nur haben echte Reformen allein deshalb keine realistische Chance, weil die Hürden für eine Verfassungsänderung, die beispielsweise für eine Abschaffung des Wahlkollegiums erforderlich wäre, unüberwindlich sind: Zweidrittelmehrheiten im Kongress sind dafür ebenso illusorisch wie eine Zustimmung von drei Vierteln der Bundesstaaten. Weder die Republikanische Partei noch die kleinen Bundesstaaten haben ein Interesse daran, dem Mehrheitsprinzip größere Geltung zu verschaffen. Davon abgesehen ist fraglich, ob die Polarisierungslogik der US-Politik auf diese Weise kurz- oder mittelfristig aufgebrochen werden könnte. Ganz sicher sind Verhältniswahlrecht und ein Mehrparteiensystem keine Allheilmittel. Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Konflikte, die der Polarisierung ihre Schubkraft geben, lassen sich nicht mit institutionellen Reformen aus der Welt schaffen.

Daneben beherrschen Forderungen die Debatte, den autoritären Populismus dadurch einzudämmen, dass die legitimen Interessen der „Modernisierungsverlierer“ stärker berücksichtigt werden. Empfehlungen wie bessere politische Bildung, mehr Transparenz, demokratische Responsivität und größere gesellschaftliche Anerkennung sind gut gemeint, klingen aber nach elitärer Herablassung. Auch ökonomische Umverteilung und sozialstaatliche Maßnahmen zugunsten der Unter- und Mittelschichten werden mit guten Gründen gefordert, führen aber keineswegs automatisch zur Depolarisierung, weil soziokulturelle Konflikte sich nicht auf Verteilungsfragen reduzieren lassen. Die Biden-Administration subventionierte seit 2021 mit einem gigantischen Investitions- und Infrastrukturprogramm die Schaffung von Industriejobs, doch die Unterstützung der „white working class“ für Donald Trump ist ungebrochen.

Nach den Wahlen: Wie geht es weiter?

Dass viele politische Auguren den Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024 mit großer Besorgnis entgegblickten, war nicht unbegründet. Alle Umfragen prognostizierten ein sehr knappes Wahlergebnis, der Ausgang würde möglicherweise von einigen tausend Stimmen in ein oder zwei „swing states“ abhängen. Auch die Zweifel, ob in diesem Fall die unterlegene Seite ihre Niederlage akzeptieren würde, erschienen berechtigt. Donald Trump verkündete, wie schon 2016 und 2020, der Sieg sei ihm nur durch Wahlbetrug zu nehmen. Eine Wiederholung der Ereignisse vom 6. Januar 2021, als der abgewählte Präsident seine Anhänger zum Sturm auf das Kapitol aufhetzte, um die Zertifizierung des Wahlergebnisses zu verhindern, war durchaus ein realistisches Szenario.



PROF. DR. MANFRED BERG ist seit 2005 Inhaber der Curt Engelhorn-Professur für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar und am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Universität Heidelberg. Vor seiner Berufung nach Heidelberg war er unter anderem an der FU Berlin und am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C. (USA) tätig. Manfred Berg ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur Geschichte der USA und wurde mit dem Ruprecht-Karls-Preis der Universität Heidelberg (1990), dem David Thelen Award der Organization of American Historians (2006) sowie dem Distinguished Historian Award der Society of the Gilded Age and the Progressive Era (2016) ausgezeichnet. Von 2017 bis 2020 war er Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“. Seit 2019 ist Manfred Berg Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Der vorliegende Beitrag beruht auf seinem 2024 erschienenen Buch „Das gesplittene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute“.

Kontakt: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

„Für die Demokraten ist der 5. November 2024 vor allem deshalb ein schwarzer Tag, weil Trump massive Einbrüche in ihre Kernwählerschaft und ihre Hochburgen gelungen sind.“

PERNICIOUS POLARIZATION

USA: STRESS TEST FOR LIBERAL DEMOCRACY

MANFRED BERG

Disagreement and sharp competition for power are the lifeblood of democracy. In recent decades, however, American politics and society have been seriously shattered by “pernicious polarization” according to many historians and political scientists. The United States, which after the Second World War was widely seen as a consensus-based model democracy, faces a deep crisis of polarization. Scholars agree that the momentous changes wrought by globalization have been the key drivers of polarization, but we lack studies of how polarization can be overcome. Whether institutional reforms, economic redistribution and improved democratic transparency can foster depolarization is an open question.

Depolarization does not mean a return to the mythical “golden age” of the postwar decades. Rather, the challenge of the future is to create a new democratic consensus for a multiethnic society without a dominant majority. Arguably, this process is likely to take several generations. For decades to come, polarization will remain a defining feature of American democracy and Western democracy at large. ●

PROF. DR MANFRED BERG has held the Curt Engelhorn Chair in American History at Heidelberg University's Department of History and at the Heidelberg Center for American Studies (HCA) since 2005. Previously he taught at the Free University of Berlin and was a fellow at the German Historical Institute in Washington, D.C., USA. Manfred Berg is the author of numerous books and articles on U.S. history; his work has been honoured with the Ruprecht Karls Prize of Heidelberg University (1990), the David Thelen Award of the Organization of American Historians (2006), and the Distinguished Historian Award of the Society of the Gilded Age and the Progressive Era (2016). Since 2019, Manfred Berg has been a member of the Heidelberg Academy of Sciences and Humanities. This essay is based on his new book "Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute" (The divided house. A history of the United States from 1950 to the present day), published in 2024.

Contact: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

“In light of the deep-rooted polarization of U.S. politics and society, a speedy return to ‘normal’ democratic competition seems highly unlikely.”

Zudem stand im Falle eines engen und umstrittenen Wahlausgangs auch nicht zu erwarten, dass die Demokraten eine zweite Trump-Präsidentschaft, in der die liberale Demokratie selbst auf dem Spiel stehen könnte, ohne Widerstand hinnehmen würden, vor allem dann nicht, wenn dem konservativen Obersten Gerichtshof, wie 2000, die Letztentscheidung über den Wahlsieg zufallen würde. Auch wenn kein offener Bürgerkrieg drohte, warnten viele Stimmen vor einer Eskalation politischer Gewalt.

Die Hoffnung des liberalen Lagers richtete sich daher auf die Möglichkeit, dass Trump die Wahl so klar verlieren könnte, dass eine erneute Lüge von einer gestohlenen Wahl keine Resonanz mehr finden würde. Er hätte dann, so die Erwartung, wohl keine politische Zukunft mehr. Niemand machte sich Illusionen, dass mit Trump auch die strukturellen Triebkräfte der Polarisierung und das Wut- und Protestpotenzial, das ihn zur dominanten politischen Figur der USA gemacht hat, verschwinden würden. Aber charismatische Massenbewegungen – und darum handelt es sich bei „Make America Great Again“ (MAGA) – tendieren zur Desintegration, wenn ihnen der charismatische Führer abhandenkommt. Die Republikanische Partei erhielt dann eine Chance auf einen Neuanfang als verfassungskonforme konservative Partei.

Doch kam es völlig anders als erwartet. Die Amerikanerinnen und Amerikaner haben Donald Trump mit klarer Mehrheit sowohl des Wahlkollegiums als auch der landesweit abgegebenen Stimmen ein zweites Mal zu ihrem Präsidenten gewählt. Als der künftige Vizepräsident JD Vance in der Wahlnacht „das größte politische Comeback der amerikanischen Geschichte“ feierte, übertrieb er nicht. Als erster Ex-Präsident seit Grover Cleveland im Jahr 1892 gelang Trump die Rückkehr ins Weiße Haus. Darüber hinaus haben die Republikaner mit ihm an der Spitze den Senat erobert und ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus behauptet.

Für die Demokraten ist der 5. November 2024 vor allem deshalb ein schwarzer Tag, weil Trump massive Einbrüche in ihre Kernwählerschaft und ihre Hochburgen gelungen sind. Große Teile der weißen Arbeiterklasse hatten ihnen schon vor längerer Zeit den Rücken gekehrt, doch nun haben sich auch Hispanics und Afroamerikaner in wachsender Zahl Trump zugewendet. Die MAGA-Bewegung lässt sich nicht mehr einfach als Bewegung des „weißen Nationalismus“ qualifizieren und mit dem verstockten Rassismus der weißen Unter- und Mittelschichten erklären. Trumps „America First“-Nationalismus findet inzwischen auch bei vielen nichtweißen Wählern Resonanz, die ihn als starken Führer sehen und sich von ihm eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhoffen.

Diese Entwicklung wirft im Hinblick auf die Depolarisierung eine interessante Perspektive auf. Zeichnet sich eine „Trump-Koalition“ ab, die sich, ähnlich wie die New-Deal-Koalition der Demokraten Mitte des 20. Jahrhunderts, auf die gemeinsamen

ökonomischen Interessen der „kleinen Leute“ gründet und die Republikanische Partei zur strukturellen Mehrheitspartei machen könnte? Dann hätten die beiden Parteien, wie schon öfter in der amerikanischen Geschichte, die Rollen getauscht. Eine solche Entwicklung würde auch einige Gewissheiten der Sozialwissenschaften erschüttern: Bisher herrschte in der wissenschaftlichen wie der öffentlichen Debatte Konsens, dass die Aushandlung eines neuen nationalen Konsenses für die multiethnische Gesellschaft vor allem von der bisherigen weißen Mehrheit die Bereitschaft verlangt, ihren Hegemonieverlust zu akzeptieren – ihre „weißen Privilegien“ aufzugeben, wie es im Jargon linker Identitätspolitik heißt. Doch vielleicht ist ein „farbenblinder“, inklusiver „America First“-Nationalismus eine tragfähige Alternative. Historiker sollte dies nicht überraschen, ist der Nationalismus doch die wohl erfolgreichste Integrationsideologie der Moderne.

Bis auf Weiteres müssen solche Überlegungen Spekulation bleiben. Ob die Republikaner, seit Ronald Reagan die Partei des Neoliberalismus, zur Partei der amerikanischen Arbeiterklasse werden, wie es Vance und manche Intellektuellen befürworten, steht in den Sternen. Vor allem aber sollte niemand erwarten, dass Donald Trump nun die Spaltung der Nation heilen wird, wie er nach seinem Wahlsieg versprach. Maximale Polarisierung und hemmungslose Demagogie waren und bleiben sein politisches Erfolgsrezept und sein Lebenselixier. Dass er auf das blaue Amerika zugehen wird, steht kaum zu erwarten. Die kommenden Jahre werden daher voraussichtlich zum Stresstest der liberalen Demokratie und der Checks and Balances werden.

Sollte es tatsächlich zu dem in konservativen Intellektuellenkreisen geplanten autoritären Umbau des politischen Systems kommen, wird sich das liberale Amerika nicht bereitwillig unterwerfen. Ein Szenario könnte darin bestehen, dass die blauen Staaten dann ihre rechtliche und politische Kooperation mit der Bundesregierung soweit wie möglich reduzieren. Die Politologin Rachel Kleinfeld warnte noch vor den Wahlen düster: „Die Vereinigten Staaten könnten den Punkt erreichen, an dem die beste Hoffnung darin besteht, Demokratie und Inklusion wenigstens in einigen Staaten zu sichern und andere einer weniger demokratischen und inklusiven Zukunft zu überlassen.“

Wie immer die amerikanische Politik sich in den kommenden Jahren entwickeln wird: Angesichts der weit fortgeschrittenen Polarisierung von Politik und Gesellschaft der USA erscheint eine baldige Rückkehr zum „normalen“ demokratischen Wettbewerb sehr unwahrscheinlich. Polarisierung und (Poly-)Krisen werden nicht nur die USA, sondern alle westlichen Demokratien zunehmend unter Druck setzen. Ob die Problemlösungskapazität demokratischer Politik der Komplexität der globalen Moderne noch gewachsen ist, wird immer häufiger bezweifelt. ●